

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

50. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 4 · 16. April 2019

Digitale Strategie

Die Landesregierung von CDU und FDP hat dem Landtag ihre „Strategie für das digitale Nordrhein-Westfalen“ vorgelegt. Der Unterrichtung schloss sich eine kontroverse Debatte an. S. 3

Wohnraum

Die Debatte um Wohnraum in Deutschland hat den Landtag erreicht. In einer Aktuellen Stunde debattierten die Abgeordneten über Maßnahmen im Kampf gegen Wohnungsnot. S. 5

Petitionen

Vor 50 Jahren wurden die Rechte des Petitionsausschusses mit der Aufnahme des Artikels 41a in die Landesverfassung gestärkt. Das Gremium arbeitet im Dienst der Bürgerinnen und Bürger. S. 16-17

Gauck zu Gast

Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck war Gast beim fünften Parlamentsgespräch. Auf Einladung von Landtagspräsident André Kuper sprach er über das Thema „Demokratie“. S. 18

Europa hat die Wahl

INHALT



Fluglärm sorgt für Unmut

<u>Sachverständige zu nächtlichen Starts und Landungen in Düsseldorf</u>	S. 7
<u>Standpunkte</u>	S. 8

Aus dem Plenum

<u>Nordrhein-Westfalen digital ..</u>	S. 3
<u>Meldungen</u>	S. 4
<u>Mangelware Wohnraum</u>	S. 5
<u>Gesetzgebung</u>	S. 6

Aus den Ausschüssen

<u>Meldungen</u>	S. 10
------------------------	--------------

Titelthema

<u>Europa-Projekttag</u>	S. 11
<u>Fakten rund um die Europawahl 2019</u>	S. 12

Aus den Fraktionen S. 14

Forum

<u>Feierstunde für den Petitionsausschuss</u>	S. 16
---	--------------

<u>Parlamentsgespräch zum Wert der Demokratie</u>	S. 18
---	--------------

Im Porträt

<u>Franziska Müller-Rech (FDP) ...</u>	S. 19
--	--------------

<u>Kurz notiert</u>	S. 20
---------------------------	--------------

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2388 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 12. April 2019, 11 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus der Rubrik „Aus den Fraktionen“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Nordrhein-Westfalen digital

Landtag berät über Strategie der Landesregierung

10. April 2019 – Die Digitalisierung gilt als eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Was diese technologische Revolution für die Menschen an Rhein, Ruhr und Lippe bedeutet, darüber debattierte der Landtag. Vorausgegangen war eine Unterrichtung der Landesregierung über ihre „Strategie für das digitale Nordrhein-Westfalen“.



Fotos: Schälte

Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP) kündigte an, die Landesregierung werde die Digitalisierung in Nordrhein-Westfalen mit einer ressortübergreifenden Strategie vorantreiben – etwa in Forschung, Wirtschaft, Schulen, Mobilität, Verwaltung und im Gesundheitswesen. Flächendeckende Gigabit-Netze sollten bis zum Jahr 2025 geknüpft, Schulen und Gewerbegebiete bis 2022 angeschlossen werden. Das Verkehrsministerium plane u.a. mehr dynamische Wegweiser mit integrierter Stauinformation. Leitend sei die Vorstellung, dass Digitalisierung „dem Menschen und einer offenen Gesellschaft dienen“ müsse.

„Gestaltungsaufgabe“

Christina Kampmann (SPD) kritisierte die Strategie als „Mogelpackung“ ohne Maßnahmen: „Es reicht nicht aufzulisten, wo Digitalisierung überall stattfindet. Politik ist eine Gestaltungsaufgabe.“ Besonders enttäuschend seien fehlende Schwerpunkte in der Bildungs- und Arbeitspolitik. Und der Blick auf Menschen, die sich darum sorgten, ihren Arbeitsplatz an Roboter zu verlieren, fehle gänzlich. Kampmann kritisierte eine unzureichende Beteiligung der Öffentlichkeit. Den einzigen von der Landesregierung ermöglichten Weg hätten nur 0,00096 Prozent der NRW-Bevölkerung genutzt.

Thorsten Schick (CDU) verwies auf Versäumnisse der rot-grünen Vorgängerregierung, die sich beim Thema Digitalisierung „vergaloppiert“ habe und einen landesweiten Ansatz habe vermissen lassen. Die jetzt vorgestellte Digitalstrategie der schwarz-gelben Landesregierung zeige bereits erste Erfolge: Von „digitalen Modellkommunen“ gingen beispielsweise ortsnahe Impulse für Bürgerinnen und

Bürger sowie mittelständische Unternehmen aus. Die Landesregierung habe sich mit Mobilfunk-Anbietern darauf verständigt, Funklöcher zu schließen. Zudem seien wichtige Neugründungen im Bereich der Cyber-Sicherheit angestoßen worden.

„Viel schön bedrucktes Papier, aber keinen Fortschritt für ein digitales Nordrhein-Westfalen“ sah **Matthi Bolte-Richter** (Grüne) in der Digitalstrategie. Denn ohne Maßnahmen gelange man schnell von der angestrebten Champions League in die Kreisklasse. Enttäuscht werde eine junge Generation, für die digitales Handeln selbstverständlich sei, enttäuscht würden ebenso die „Hidden Champions“. „Entfesseln Sie doch mal die digitale Infrastruktur“, empfahl der Abgeordnete dem Wirtschaftsminister. Auch helfe die Digitalisierung, die Klimakrise zu lösen – dies sei aber nicht Bestandteil der Strategie.

Marcel Hafke (FDP) kritisierte, die Opposition verwende ihre Redezeit dafür, ein Haar in der Suppe zu suchen, ohne eigene Ideen für die Gestaltung einer digitalen Zukunft einzubringen. „Das ist ein Armutszeugnis.“ Die vorgelegte Strategie der Landesregierung schaffe landesweit einen Rahmen, um die Digitalisierung erfolgreich zu gestalten – etwa in Forschung, Mobili-

tät und Wirtschaft. Statt Ängste zu verbreiten, müsse es darum gehen, Chancen der Digitalisierung zu erkennen und Kräfte zu bündeln, auch um den Wohlstand zu sichern. Zu loben seien Investitionen in Start-ups, die Künstliche Intelligenz weiterentwickelten.

Sven W. Tritschler (AfD) bezeichnete die Ideen des Wirtschaftsministers zur Digitalstrategie als „planwirtschaftliche Blümenträume“. Die Landesregierung habe sich längst von Kapitalismus und Marktwirtschaft, ja selbst von der sozialen Marktwirtschaft verabschiedet. Bürokratie und eine enge Verflechtung von Staat und Wirtschaft gefährdeten zunehmend den Wohlstand. „Die Politik bremsst jeden aus, der vorankommen will oder Unternehmergeist hat“, kritisierte Tritschler. Statt sich beispielsweise um den Mittelstand und die Automobilindustrie zu kümmern, setze die Landesregierung auf risikoreiche Elektromobilität.

tob, sow



Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP)



PUA-Antrag abgelehnt

10.4.2019 – Der Landtag wird derzeit keinen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zum „Fall Lügde“ einsetzen. Dies hat das Plenum in namentlicher Abstimmung beschlossen. 176 Abgeordnete stimmten gegen den Antrag der AfD-Fraktion (17/5635). Hintergrund: Auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe) wurden jahrelang Kinder missbraucht. „Jenseits der juristischen Bearbeitung, Klärung und Aburteilung der einzelnen Straftaten bedarf es einer umfassenden politischen und parlamentarischen Aufarbeitung dieses Missbrauchsskandals“, so die AfD-Fraktion. Er habe sich „rasch zu einem Behördenskandal“ entwickelt. Die übrigen Fraktionen lehnten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum jetzigen Zeitpunkt ab. Es gelte, zunächst die Ergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abzuwarten.

Verfassungsänderung

10.4.2019 – Der Landtag hat einstimmig die Verfassung des Landes geändert. Durch den Beschluss werden sowohl die Individualverfassungsbeschwerde als auch die Kommunalverfassungsbeschwerde in der Verfassung festgeschrieben. Für die Änderung (17/3005, 17/5580 und 17/5665) stimmten in dritter Lesung die antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen sowie die AfD-Fraktion. Die Individualverfassungsbeschwerde ermöglicht es Einzelpersonen, eine Verfassungsbeschwerde vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster einreichen zu können. Mit einer Kommunalverfassungsbeschwerde können Gemeinden die Verletzung des Rechts auf Selbstverwaltung durch ein Gesetz geltend machen.

Seenotrettung

10.4.2019 – Die Landesregierung soll Kommunen, die Geflüchtete aus der Seenotrettung aufnehmen, „mit allen Mitteln“ unterstützen. Dies

fordert die Fraktion der Grünen in einem Antrag („Seenotrettung als humanitäre Verpflichtung – solidarischen Kommunen die Aufnahme von Geflüchteten ermöglichen“, 17/5615). Das Mittelmeer sei die „tödlichste (See-)Fluchtroute der Welt“, so die Fraktion. Es sei nicht akzeptabel, „dass die EU-Staaten und auch die Bundesregierung diesen unhaltbaren Zustand nur hinnehmen“. Zivilgesellschaftliche Organisationen würden bei ihren Rettungsmissionen „von staatlicher Seite aktiv an ihrer Arbeit gehindert“. Die Grünen sprechen von „Kriminalisierungs- und Diffamierungskampagnen“. Zahlreiche Städte und Gemeinden in NRW setzten bereits „ein Zeichen für die Entkriminalisierung der Seenotrettung“ und erklärten sich bereit, aus Seenot gerettete Geflüchtete über die eigene Aufnahmequote hinaus bei sich aufzunehmen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. SPD und Grüne hatten für den Antrag gestimmt.

Bundeswehr in Schulen

11.4.2019 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über Besuche der Bundeswehr in Schulen diskutiert. Der Debatte lag ein Antrag von CDU und FDP zugrunde („Nordrhein-Westfalen steht zu unserer Parlamentsarmee“, 17/5695). Die Fraktionen bezogen sich auf einen Beschluss der Berliner SPD, die Bundeswehr von Besuchen in Schulen auszuschließen. Zudem habe die NRW-Vorsitzende der Gewerkschaft GEW die Landesregierung aufgefordert, die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr zu kündigen. Der Beschluss aus Berlin habe ihn „verständnislos und betroffen“ gemacht, sagte **Dietmar Panske** (CDU). **Franziska Müller-Rech** (FDP) stellte fest, dass die Bundeswehr an Schulen einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung leiste. **Andreas Bialas** (SPD) sagte: „Es wäre Unsinn, nicht auf die Profis zurückzugreifen.“ Den Jugendlichen in der Oberstufe sei der Diskurs mit der Bundeswehr durchaus zuzutrauen, betonte **Sigrid Beer** (Grü-

ne). **Helmut Seifen** (AfD) nannte die Bundeswehr einen „wichtigen Akteur im politischen Feld“. Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP) bezeichnete die Kooperation als „Erfolgsmodell“.

Stichwahl

11.4.2019 – Die Stichwahl bei Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen wird wieder abgeschafft. Der Landtag beschloss in dritter Lesung eine entsprechende Änderung des Kommunalwahlgesetzes (17/3776 und 17/5666). Für die Änderung stimmten die Fraktionen von CDU und FDP, die die Abschaffung beantragt hatten. SPD, Grüne und AfD stimmten dagegen. Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP argumentierten u. a., dass bei Stichwahlen zwischen Bewerberinnen und Bewerbern für Bürgermeister-, Oberbürgermeister- und Landratsposten die Wahlbeteiligung rückläufig sei. Auch sei die Zahl der durchgeführten Stichwahlen zurückgegangen. Die Oppositionsfraktionen warfen der Koalition eine parteipolitische Motivation für die Änderung vor und sprachen von einem Angriff auf die Demokratie. Ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen (17/5725) wurde abgelehnt.

Wahlalter

11.4.2019 – Die SPD-Fraktion fordert, das Wahlalter bei Landtagswahlen von 18 auf 16 Jahre herabzusetzen. Einen entsprechenden Antrag zur Änderung der Verfassung (17/5619) brachte die Fraktion in den Landtag ein. Er wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss (federführend) überwiesen. Die Fraktion betont in ihrem Antrag u. a., dass die junge Generation sich wieder stärker politisiere, und verweist auch auf die aktuellen Klimademonstrationen von Schülerinnen und Schülern. Jugendliche dürften bereits mit 16 Jahren an Kommunalwahlen teilnehmen. „Es gibt keinen vernünftigen Grund, dies bei Kommunalwahlen zu ermöglichen und für Landtagswahlen zu verwehren“, heißt es in dem Antrag weiter.

Mangelware Wohnraum

Aktuelle Stunde: Debatte um Neubau und Enteignung

10. April 2019 – Tausende Menschen sind am ersten April-Weekend bundesweit auf die Straßen gegangen, um gegen Wohnungsnot und für bezahlbare Mieten zu demonstrieren. Eine der Demos fand in Köln statt. In diesem Zusammenhang wurden auch Forderungen nach Enteignung laut. Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema befasst.

Grundlage waren Anträge der Grünen-Fraktion („Endlich wirksame Maßnahmen gegen Wohnungsnot ergreifen“, 17/5693) sowie der Fraktionen von CDU und FDP („Effektive Wohnungspolitik setzt auf Investitionen statt Enteignungen“, 17/5694).

Grünen-Fraktionschef **Arndt Klocke** verwies auf die Großdemonstrationen vom Wochenende in Städten wie Berlin und Köln. Tausende seien auf die Straße gegangen, weil die Probleme auf dem Wohnungsmarkt insbesondere in Ballungsgebieten drängend seien. Der Landesregierung warf Klocke vor, sie ermögliche trotz des Problemdrucks zu wenig Wohnneubau. Die Bilanz von Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) sei „mäßig“. Benötigt werde ein Maßnahmenbündel, u. a. die Stärkung von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften, eine sozial orientierte Bodenpolitik und beschleunigte Genehmigungsverfahren.

Fabian Schrumpf (CDU) kritisierte die aktuelle Debatte um die Enteignung von Wohnungskonzernen. Wer Wohnungen brauche und diejenigen enteigne, die Wohnraum schaffen sollten, vergrößere den Mangel und erhöhe die Mietpreise. Wer Enteignungen fordere wie Teile von SPD und Grünen, der handle schlichtweg verantwortungslos. Die nordrhein-westfälische Koalition nehme die Sorgen der Menschen ernst und habe bereits wichtige Maßnahmen eingeleitet, darunter die Modernisierung des Baurechts und eine Neuaufstellung des sozialen

Wohnungsbaus. Nach wie vor gebe es aber noch zu viele Investitionshemmnisse.

Auch **Stephen Paul** (FDP) sprach sich gegen die Enteignung von Wohnungskonzernen aus. Er kritisierte, dass bereits die Debatte Investoren verunsichere und dem Klima für Neubauten im ganzen Land schade. Im Zweifel werde weniger investiert. Die Mieterinnen und Mieter seien die ersten, die diesen Klimawandel zu spüren bekämen. Wer das Eigentum nicht achte, der gefährde den sozialen Frieden. Paul sprach auch von „Stimmungsmache“. Vielmehr sei nun eine gemeinsame Kraftanstrengung von Investoren aus allen Bereichen und der Politik notwendig, um neuen Wohnraum zu schaffen.

„Ablenkungsmanöver“

Erforderlich sei ein „Umsteuern in der geförderten Wohnungspolitik“, sagte **Jochen Ott** (SPD). Der Staat müsse selbst bauen sowie kommunale Gesellschaften und Genossenschaften fördern. Wichtig sei zudem, den „Werkwohnungsbau nach vorn zu bringen“ und die „soziale Baulandplanung nach Konzeptvorgabe voranzutreiben“. Enteignungen seien laut Verfassung und Baugesetzbuch zwar möglich, wenn Finanzinvestoren die soziale Marktwirtschaft, den Staat und die Menschen hintergingen, sagte Ott: „Aber Investor ist nicht gleich Investor, Eigentümer nicht gleich Eigentümer.“ Die Enteignungsdebatte bezeichnete er als „Ablenkungsmanöver“.

Der Wohnungsmarkt befinde sich teilweise in Schieflage, sagte **Roger Beckamp** (AfD). Es werde neuer und bezahlbarer Wohnraum gefordert, der aber zugleich „besser und umweltfreundlicher“ sein müsse. Das passe nicht zusammen. Die Politik verteuere das Angebot ständig durch energetische Konzepte, die „teilweise völlig unsinnig sind“. Außerdem hole man sich „hunderttausendfach neue Nachfrage ins Land“. Die Demonstration in Köln bezeichnete Beckamp als „linkes Tamtam“. Durch Enteignungen werde die Nachfrage nicht verringert und das Angebot nicht erhöht. Nötig sei mehr Bauland.

Die Landesregierung stehe für ein „Mehr im Wohnungsbau in allen Segmenten“, sagte **Ina Scharrenbach** (CDU), Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung. Nur eine Verbreiterung des Angebotes werde sich nachhaltig auf die Preise auswirken. Schwarz-Gelb stelle in diesem Jahr beispielsweise „1,18 Milliarden Euro für den geförderten Mietwohnungsbau und preisgebundenen Wohnungsbestand im Mietbereich“ zur Verfügung. Dies sei mehr als unter der früheren rot-grünen Landesregierung. Den Bau von Häusern mit bis zu zehn Stockwerken lehnte die Ministerin als „Fehlleistungen der 70er-Jahre“ ab. *wib, zab*

Weitere Anträge

Verbunden war die Aktuelle Stunde mit zwei weiteren Anträgen: „Aktivierende Stadtentwicklung jetzt! Wohnungs- und Flächenmangel bekämpfen – Aufstockung und intelligente Nachverdichtung unterstützen: Die Landesregierung muss umgehend zu einem Städtebaugipfel einladen!“ (Grüne, 17/5617) sowie „Schluss mit der verfehlten Wohnraumförderpolitik der CDU/FDP-Landesregierung: Nordrhein-Westfalen braucht endlich eine zeitgemäße Soziale Wohnraumförderung!“ (SPD, 17/5627). Beide Anträge wurden an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen überwiesen.

Fotos: Schälte



Arndt Klocke (Grüne)

Fabian Schrumpf (CDU)

Stephen Paul (FDP)

Jochen Ott (SPD)

Roger Beckamp (AfD)

Ministerin
Ina Scharrenbach (CDU)



GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlrechtlicher Vorschriften | [17/3776](#), [17/5666](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 10. April 2019 | 3. Lesung am 11. April 2019 | angenommen

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/3005](#), [17/5580](#) und [17/5665](#) | CDU, SPD, FDP und Grüne | 2. und 3. Lesung am 10. April 2019 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes | [17/3777](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 10. April 2019 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/4781](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 10. April 2019 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes | [17/5587](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 10. April 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Stärkung der kulturellen Funktion der öffentlichen Bibliotheken und ihrer Öffnung am Sonntag (Bibliotheksstärkungsgesetz) | [17/5637](#) | CDU und FDP | 1. Lesung am 11. April 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

Gesetz zur Verlängerung des islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz) | [17/5618](#) | SPD | 1. Lesung am 11. April 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung

Gesetz zum islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz) | [17/5638](#) | CDU und FDP | 1. Lesung am 11. April 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Verfassungsänderung – Wahlalter auf 16 Jahre absenken) | [17/5619](#) | SPD | 1. Lesung am 11. April 2019 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe | [17/5620](#) | SPD | 1. Lesung am 11. April 2019 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Neuordnung des Statistikrechts für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/5197](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer und zur Änderung weiterer Gesetze | [17/5198](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/5344](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Anpassung der Abgabefreiheit bei Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser | [17/5345](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei Fixierungen im Justiz- und Maßregelvollzug und bei öffentlich-rechtlichen Unterbringungen in psychiatrischen Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/5011](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK | [17/4800](#) | CDU und FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Regelung des Kostenausgleichs zum Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (Belastungsausgleichsgesetz G 9 – BAG-G 9) | [17/4832](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes | [17/4668](#) | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz über Gleichen Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbesoldung an ihre Ausbildung (Lehrerbesoldungsgleichstellungsgesetz) | [17/3812](#) | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Gesetz zur Stärkung der Abgeordnetenrechte) | [17/3801](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016 | [17/2121](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und Staatsferne der Landesanstalt für Medien (LfM) Nordrhein-Westfalen und des Westdeutschen Rundfunks in Köln (WDR) | [17/2759](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Fluglärm sorgt für Unmut

Sachverständige zu nächtlichen Starts und Landungen in Düsseldorf

27. März 2019 – Der Flughafen Düsseldorf zählte im vergangenen Jahr eigenen Angaben zufolge rund 24,3 Millionen Passagiere und mehr als 218.000 Flugbewegungen. Für Unmut sorgen Starts und Landungen außerhalb der regulären Betriebszeiten. Im Verkehrsausschuss haben sich Sachverständige zum Antrag der Grünen-Fraktion „Nächtliche Lärmbelastungen durch Verspätungen am Flughafen Düsseldorf wirksam reduzieren“ geäußert.

In Düsseldorf dürften Flugzeuge, von Ausnahmen abgesehen, zwischen 23 und 6 Uhr weder landen noch starten, heißt es in dem Antrag (17/4105). Die Ausnahmeregeln würden jedoch immer häufiger in Anspruch angenommen – im Jahr 2017 seien es 2.032 Fälle gewesen. „Im Gegensatz zum Land NRW treten andere Bundesländer wie Hessen und Hamburg den dort auftretenden Verspätungen und Verletzungen der Nachtruhe an den Flughäfen weit entschiedener entgegen“, so die Grünen. Sie fordern u. a., die „lärmabhängigen Landeentgelte“ drastisch zu erhöhen.

So sei 2017 in Hamburg der Zuschlag für Starts und Landungen nach 23 Uhr auf bis zu 700 Prozent angehoben und in fünf Stufen gestaffelt worden. Für häufig verkehrende Flugzeuge der Lärmklasse 4 (z. B. Airbus 320 oder Boeing 737) wird in der Hansestadt nach Angaben der Grünen zwischen 0 und 5.59 Uhr ein Zuschlag von 854 Euro berechnet. In Düsseldorf seien für ein vergleichbares Flugzeug zwischen 0 und 4.59 Uhr 329 Euro, zwischen 5 und 5.59 Uhr 312,55 Euro fällig.

Man habe gemeinsam mit den Airlines viel getan, um „die Pünktlichkeitsperformance zu steigern“, teilte der Flughafen Düsseldorf dem Ausschuss mit. Die Zahl der nächtlichen Starts und Landungen sei „seit Anfang November trotz eines deutlich gestiegenen Verkehrsaufkommens spürbar zurückgegangen“. Beim Lärmschutz nehme Düsseldorf eine „Vorrei-

terrolle unter den deutschen Flughäfen“ ein. Verspätungen seien kein standortspezifisches Problem, sie kämen in ganz Europa vor.

„Sie planen zu eng“

Der Verein „Bürger gegen Fluglärm“ bezeichnete den Düsseldorfer Flughafen in seiner Stellungnahme als „Verspätungsmeister Deutschlands“. Hauptverursacher seien die Fluggesellschaften selbst: „Sie planen zu eng, um – auf Biegen und Brechen – einen Umlauf mehr (oder einen deutlich längeren Umlauf) zu schaffen als die Konkurrenz.“ Diese Praxis sei in Düsseldorf mit den geringsten Mehrkosten verbunden. Der Verein forderte, die Zahl der Nachtflüge „mindestens zu halbieren“, sonst gebe es „keinen Frieden mit den Nachbarn“.

Der Flughafen Düsseldorf sei „unverzichtbar für den Luftverkehrsstandort Deutschland“, befand der Flughafenverband ADV (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen). Der Verband wies auf die nahe gelegenen Flughäfen Amsterdam-Schiphol und Brüssel-Zaventem als „zwei große und erfolgreiche Wettbewerber“ hin. Sie verfügten über deutlich großzügigere Regelungen: „Weitere Einschränkungen am Flughafen Düsseldorf würden unweigerlich einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit mit sich bringen.“ Dass Düsseldorf bei Verspätungen an der Spitze liege, stimme nicht, hieß es im Ausschuss. Der Flughafen liege „im Mittelfeld“.

Thomas Goßen, Bürgermeister der Stadt Tönisvorst und Vorsitzender der Fluglärmkommission, wies darauf hin, dass die Zahl der nächtlichen Starts und Landungen seit Jahren steige. Er sprach von einem „strukturellen Problem“ in Düsseldorf.

Bei den Landungen nach 22 Uhr sei in Düsseldorf die Zeit zwischen 22 und 23 Uhr die „Spitzenstunde“, so die Initiative „Kaarster gegen Fluglärm“. 2018 habe die Zahl der Landungen nach 23 Uhr mit 2.436 einen „Allzeit-Rekord“ erreicht. Flugpläne, klagte die Initiative, würden offenbar „von keiner Stelle“ auf Realisierbarkeit hin geprüft.

Um die Leistungsfähigkeit der Flughäfen zu erhalten, seien Nachtflugregelungen und Betriebsgenehmigungen „so zu gestalten, dass neben den Schutzinteressen der Bevölkerung auch die logistischen Anforderungen von Industrie und Handel, die Anforderungen der Airlines an einen wirtschaftlichen Flugbetrieb sowie der hohe regionalwirtschaftliche Nutzen von Flughäfen angemessen berücksichtigt werden“, hieß es in einer Stellungnahme der Industrie- und Handelskammern (IHK) in Nordrhein-Westfalen. Eine restriktivere Handhabung der Tagesrandzeiten, so die IHK, würde die Wettbewerbsfähigkeit schwächen: „Dies hätte negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.“

zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9.



SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Nächtlicher Fluglärm“

Klaus Vosssem
(CDU)



Carsten Löcker
(SPD)



Der Flughafen Düsseldorf ...

... ist eine wichtige Mobilitätsdrehscheibe für unseren Wirtschaftsstandort und eine der größten Arbeitsstätten in Nordrhein-Westfalen. Neben der wirtschaftlichen Bedeutung ist aber auch seine Rolle als Vermittler zwischen diesen Interessen auf der einen Seite und denen der Anwohner für den Lärm- und damit Gesundheitsschutz auf der anderen Seite zentral.

... ist der größte und bedeutendste Flughafen in Nordrhein-Westfalen. Er bietet rund 21.600 Menschen einen Arbeitsplatz und ist Teil eines modernen und weltoffenen Nordrhein-Westfalens in einer globalisierten Welt. Aus seiner besonderen Lage, mitten in einem verstärkten Ballungsraum, ergibt sich zugleich eine besondere Verantwortung für die betroffenen Menschen, die in seiner Umgebung leben.

Nächtliche Starts und Landungen ...

... sind in der Betriebsgenehmigung des Flughafens von 2005 eindeutig geregelt. Nur in absoluten Ausnahmefällen sind diese durch die Bezirksregierung nach Ende der Betriebszeit des Flughafens überhaupt genehmigungsfähig. In den letzten beiden Jahren haben die Landungen in den Tagesrandzeiten in erheblichem Maße zugenommen. Dies darf sich nicht wiederholen. In der Anhörung wurden einige bereits vorhandene Maßnahmen vorgestellt, über andere wird noch eine Diskussion zu führen sein.

... sind für die vom Lärm betroffenen Menschen eine ständige und zunehmende Belastung. Die Zahl der verspäteten Landungen hat erheblich zugenommen. Dem muss entgegengewirkt werden. Darum müssen die Start- und Landeentgelte, die der Flughafen von den Airlines erhebt, deutlich stärker gespreizt werden, als dies bislang der Fall ist (s. Hamburg). Zuspätkommen muss sehr viel teurer werden.

Die Airlines ...

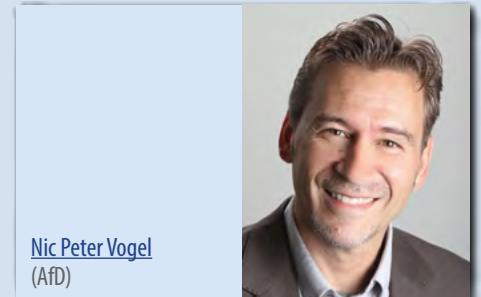
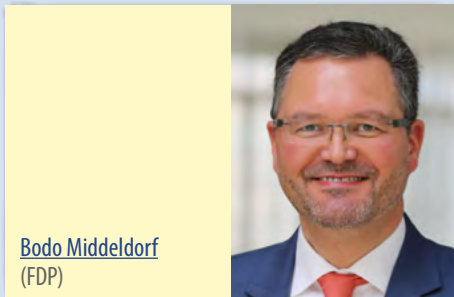
... stehen in der Verantwortung, Umläufe mit realistischen Wartungszeiten und genügend Puffer zu planen, um Verspätungen zu vermeiden, die sich bis in die Nacht hinein ziehen können. In Zusammenarbeit mit ihnen, den Flughäfen und den Aufsichtsbehörden sind im Oktober 2018 in Berlin Vereinbarungen getroffen worden, die für eine deutliche Verbesserung der Anwohnerinnen und Anwohner umgesetzt und eingehalten werden müssen.

... haben Mitverantwortung, was die Lärmbelastung der Anwohner angeht. Sie müssen sich an die Betriebszeiten des Flughafens halten. Es kommt auch darauf an, dass sie durch Einsatz von modernen Flugzeugen die Lärmentwicklung minimieren. Das kann durch die Gestaltung von Start- und Landeentgelten unterstützt werden. Luftverkehr kann sich nur fortentwickeln, wenn er die Akzeptanz der Bevölkerung hat.

Die Anwohnerinnen und Anwohner ...

... haben in der Vergangenheit viel Verständnis für den Luftverkehr aufgebracht. Damit die Akzeptanz nach den Verspätungssommern 2017 und insbesondere 2018 nicht weiter abnimmt und ein fairer Ausgleich möglich ist, werben wir für einen offenen Dialog.

... haben ein Recht auf einen angemessenen Lärmschutz. Dazu zählt vor allem der Anspruch auf die Einhaltung der Betriebszeiten. Verstöße dagegen müssen durch entsprechende Start- und Landeentgelte viel stärker geahndet werden. Die Herausforderung besteht darin, zu einem Interessensausgleich aller Beteiligten zu kommen.



... ist elementarer Bestandteil der nordrhein-westfälischen Verkehrsinfrastruktur und das mit Abstand größte Luftdrehkreuz in unserem Land. Sowohl für Geschäftsreisende als auch für Privatreisende ist er unverzichtbar. Auch als Arbeitgeber hat er eine herausgehobene Bedeutung, rund 56.000 Arbeitsplätze hängen direkt und indirekt vom Flughafen ab. Damit gehört er zu den wichtigsten Standortfaktoren in NRW.

... muss unbedingt dafür sorgen, dass die vorgeschriebenen Nachtruhezeiten von den Airlines eingehalten werden. Nicht nur für die Anwohnerinnen und Anwohner, sondern auch für die Passagierinnen und Passagiere sind Landungen nach 22 bzw. 23 Uhr eine Zumutung. Andere Flughäfen wie Hamburg oder Frankfurt machen es vor, wie sich Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit im Flugverkehr zum Wohle aller effektiv steigern lassen.

... ist als zentrales Verkehrsdrehkreuz ein wesentliches Element der nordrhein-westfälischen und damit der gesamtdeutschen Infrastruktur. Er verbindet nicht nur NRW mit Europa und der ganzen Welt, sondern schafft auch eine Vielzahl an Arbeitsplätzen, eine hohe Wertschöpfung und trägt insgesamt entscheidend bei zur Attraktivität der gesamten Region.

... müssen die Ausnahme sein; insbesondere die Zahl verspäteter Landungen nach 23 Uhr nimmt allerdings kontinuierlich zu. Der Vorsitzende der Fluglärmkommission spricht von einem „strukturellen Problem“. Für die Akzeptanz für den Flughafen und den Schutz der Bevölkerung in einem dicht besiedelten Umfeld müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um einem Missbrauch der Ausnahmeregelungen entgegenzuwirken.

... außerhalb der vereinbarten Nachtruhezeiten sollten nur noch in absoluten Ausnahmefällen möglich sein. In Düsseldorf ist jedoch die Ausnahme die Regel: Von den 365 Tagen im Jahr 2018 fanden in über 300 Nächten Landungen nach 23 Uhr statt. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden, im Grünen Antrag und auch in der Anhörung sind verschiedene Maßnahmen dazu genannt.

... sind ständiger Streitpunkt zwischen Flughafenbetreibern, die in einem internationalen Wettbewerb stehen und sich dort behaupten müssen, und den Anwohnern, die ihre Nachtruhe gesichert sehen wollen. Es ist auch Aufgabe der Politik, hier für gerechten Interessenausgleich zu sorgen: Nächtlicher Flugbetrieb ist aktuell nur unter strengen Regularien möglich und sollte auch künftig eher Ausnahme bleiben.

... sind in der Verantwortung, ihre Flugpläne so aufzustellen, dass auch bei kleineren Störungen des Flugbetriebs in aller Regel eine rechtzeitige Landung in Düsseldorf vor 23 Uhr möglich ist. Die FDP-Fraktion spricht sich dafür aus, die Einführung eines erweiterten Anreiz- und Kontrollsystems nach dem Hamburger Modell zu prüfen, mit dem regelmäßige Verstöße gegen das Nachtflugverbot eingedämmt werden können.

... müssen ihre Umläufe so planen, dass genügend Pufferzeiten und Maschinen zur Verfügung stehen, um den Flugplan einhalten zu können. Die Situation in Düsseldorf erweckt den Eindruck, dass Airlines bewusst die Nachtruhezeiten verletzen, um möglichst viele Flugbewegungen zu absolvieren. Diese Entwicklung muss endlich gestoppt werden, die Verletzung der Nachtruhe eng kontrolliert und empfindlich bestraft werden.

... betreiben Flugstrecken ausschließlich nach wirtschaftlichen Kriterien, es wird kaum reichen, an ihre Verantwortung zu appellieren, denn sie müssen im freien Wettbewerb bestehen. Vielmehr benötigen sie entsprechende Anreize, um aktiv zur positiven Wahrnehmung des Flughafens beizutragen, z. B. durch Einsatz leiser und möglichst verbrauchsarmer Flugzeuge – die allerdings meist etwas teurer sind.

... haben ein berechtigtes Interesse an einer Einhaltung der Nachtruhe. Umgekehrt nehmen wir eine große Bereitschaft wahr, den Flughafen in seiner herausgehobenen luftverkehrlichen Bedeutung grundsätzlich zu akzeptieren. Das begrüßen wir außerordentlich.

... haben ein Recht auf ungestörte Nachtruhe, zumindest in den vereinbarten Zeiten zwischen 22 und 6 Uhr. In den vergangenen Jahren hat es in Düsseldorf immer mehr verspätete Starts und Landungen gegeben, viele auch noch nach Mitternacht. Die Landesregierung muss jetzt unbedingt eingreifen, um den Nachtschlaf der Betroffenen und damit die Gesundheit der Menschen zu schützen.

... haben die berechtigte Forderung von ungestörter Nachtruhe, die allerdings mit den Ansprüchen des Airportbetreibers kollidiert. Zwar entschärft die Lärmreduktion moderner Flugzeuge das Problem nach und nach, dennoch bleibt als Kernforderung an die Politik, den Dialog zwischen Wirtschaft und Bürgern aufrechtzuerhalten und einen Ausgleich zwischen den widerstrebbenden Interessen zu gewährleisten.



Hitze in Städten

28.3.2019 – Die Belastung durch Hitze in Städten war Thema einer Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz. Der Anhörung lag ein Antrag der SPD-Fraktion ([17/3015](#)) zugrunde. Besonders betroffen seien dicht bebaute Innenstadtteile ohne Grünflächen. Als Maßnahmen schlägt die Fraktion u. a. Fassaden- und Dachbegrünungen, Parks, schattenspendende Bäume und Baumaßnahmen wie auch Kaltluftleitbahnen zum Transport kühlerer Luft vor. Die Landesregierung solle zusammen mit den kommunalen und regionalen Institutionen Ziele und Aufgaben einer klimagerechten Stadtentwicklung formulieren. In den Stellungnahmen der Sachverständigen hieß es u. a., allgemein liege die Herausforderung darin, dass auf der einen Seite mehr Wohnraum benötigt werde, auf der anderen Seite Flächen geschützt werden müssten. Forderungen an die Politik bezogen sich vor allem auf finanzielle Unterstützung und klare gesetzliche Vorgaben zur Klimafolgenanpassung.

Öffentliche Bibliotheken

28.3.2019 – Im Ausschuss für Kultur und Medien haben sich drei Sachverständige zu einem Antrag der AfD ([17/3589](#)) geäußert. Die Fraktion befasst sich darin mit dem Beschaffungswesen in öffentlichen Bibliotheken. Von den 396 Gemeinden in NRW nahmen 61 am sogenannten Stärkungspakt teil. Bibliotheken in betroffenen Kommunen könnten daher im Zuge der Haushaltssicherung zu Beginn eines Jahres oft keine neuen Bücher anschaffen. Es drohe eine „Zweiklassengesellschaft der Nutzer in verschuldeten und nichtverschuldeten Gemeinden“. Die Fraktion fordert den Landtag auf, „Regelungen zu treffen, damit die Gemeinden die Anschaffung von Medien (elektronische und gedruckte) für Stadtbüchereien unabhängig von der Genehmigung des Haushalts bereits zu Jahresbeginn freigeben können“. Klaus-Peter

Böttger, Direktor der Stadtbibliothek Essen, sagte, dass Bibliotheken einen Sockelbetrag von 15 bis 25 Prozent des Etats auch im Fall eines vorläufigen Haushalts ausgeben könnten. Die wichtigsten Anschaffungen für den Grundbestand seien dadurch abgedeckt, ergänzte Dr. Johannes Borbach-Jaene, Direktor der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund. Claus Hamacher vom Städte- und Gemeindebund NRW sagte, dass sich Ausnahmen von Haushaltssperren in einer Kommune nicht rechtfertigen ließen, wenn sie in anderen Bereichen des Gemeinwesens verpflichtend seien.

Digitale Ausstattung

3.4.2019 – Der Antrag der Grünen-Fraktion „NRW muss seine Lehrkräfte verlässlich mit digitalen Arbeitsgeräten ausstatten“ ([17/4796](#)) stand auf der Tagesordnung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung. „Die Finanzierung von digitalen Arbeitsgeräten an Schulen übernehmen bislang die Schulträger“, heißt es in dem Antrag. Dies führe dazu, dass sich die IT-Ausstattung für Lehrkräfte von Standort zu Standort stark unterscheide. Die Fraktion fordert die Landesregierung u. a. auf, „die notwendigen Schritte um eine gute IT-Ausstattung für alle Lehrkräfte in NRW umzusetzen“ und „gleiche Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und gleiche Chancen für Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten“. Der Ausschuss hatte Expertinnen und Experten zum Gespräch eingeladen. Wichtig sei vor allem, dass das Land pädagogische Standards festlege, hieß es in einer Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände. Andere Sachverständige sahen dies ähnlich.

Dialog und Islam

3.4.2019 – Der Integrationsausschuss hat sich mit einem Antrag ([17/5068](#)) befasst, in dem die Fraktionen von CDU und FDP die Landesregierung auffordern, „ein Konzept zur Neuausrichtung der Dialogarbeit mit den Muslima und

Muslimen“ zu entwickeln. Aus einem dazu vorgelegten Bericht des Integrationsministeriums ([17/1912](#)) geht hervor, dass im Juli 2019 die Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW“ ihre Arbeit aufnehmen soll. Sie soll aus drei Säulen bestehen: dem „Forum muslimische Zivilgesellschaft“ als Interessenvertretung möglichst vieler muslimischer Akteure, einem „Expertenrat“, der die Landesregierung „zum Umgang mit alltäglichen Fragen des muslimischen Lebens“ berät, und dem „Projektmanagement“, das u. a. in den Themenfeldern Dialog, Jugendarbeit und Flüchtlingsarbeit aktiv sein soll. Fraktionen der Opposition kritisierten u. a. eine mangelnde Staatsferne der im Integrationsministerium angesiedelten Koordinierungsstelle. Integrationsminister [Jochim Stamp](#) (FDP) entgegnete, dass die Stelle lediglich eine moderierende Funktion einnehme, um einen Dialog mit und unter Muslima und Muslimen anzustoßen. Die Landesregierung brauche Ansprechpartner, die eine möglichst große Zahl von muslimischen Akteuren, Verbänden und Gemeinden repräsentierten.

Neue Stabsstelle

4.4.2019 – Die von der Landesregierung angekündigte Stabsstelle „Revision der kriminalpolizeilichen Bearbeitung von sexuellem Missbrauch an Kindern und Kinderpornografie“ soll ihre Arbeit nach den Osterferien aufnehmen. Dies teilte Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) im Innenausschuss mit. Die Stelle werde unmittelbar bei ihm angesiedelt und mit drei Mitarbeitern besetzt. Sie solle die strukturellen Defizite, die im Zusammenhang mit den Ermittlungen im „Fall Lügde“ zutage traten, systematisch aufarbeiten und Lösungsvorschläge für ganz Nordrhein-Westfalen vorlegen. Hintergrund: Auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe) wurden jahrelang Kinder missbraucht. Reul sprach im Ausschuss von mittlerweile 40 Opfern. Bei den Ermittlungen hatte es zahlreiche Pannen gegeben – u. a. verschwand Beweismaterial.

Schule einmal anders

Projekttag: Rund 400 junge Leute stimmen sich auf die Europawahl ein

Fotos: Schälte

1. April 2019 – Schule einmal anders: Fünf Düsseldorfer Berufskollegs hatten ihren Unterricht wegen der bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament in den Landtag verlegt. Auf dem „Stundenplan“ stand nur ein Thema, das aber in vielen Variationen – Europa. Landtag und Landesregierung hatten den Projekttag gemeinsam organisiert.

André Kuper, der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, begrüßte die Gäste gemeinsam mit Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales, im Plenarsaal. Ein Großteil der jungen Leute sei erstmals zu einer Wahl aufgerufen, sagte der Landtagspräsident und sprach von einer „Riesenchance zur Mitgestaltung“. Freie, gleiche und geheime Wahlen seien ursprünglich hart erkämpft worden, erinnerte Kuper. In vielen Ländern seien sie nicht selbstverständlich. Verfolgung und Unterdrückung gingen einher mit der Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts. Der Präsident warb für das „großartige Projekt eines geeinten Europa“ und ein „70 Jahre währendes Friedensprojekt“. „Engagieren Sie sich, es ist Ihr Land, Ihre Zukunft. Es kommt auf jeden an“, sagte er.

Minister Holthoff-Pförtner freute sich über das große Interesse an der Veranstaltung. Er selbst gehöre einer Generation an, die Europa nur im Frieden erlebt habe. Das sei nicht selbstverständlich. Der Minister berichtete von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, von der auch Schulen, Kommunen und Vereine profitierten. Er berichtete vom problemlosen Einkaufen in den Niederlanden und dem Studium im europäischen Ausland. Auf den Straßen gebe es keine Grenzen mehr, dies sollte auch für die Herzen gelten.

Zu Gast waren Schülerinnen und Schüler des Leo-Statz-Berufskollegs, des Albrecht-Dürer-Berufskollegs, des Berufskollegs Bachstraße, des Heinrich-Hertz-Berufskollegs und der Elly-Heuss-Knapp-Schule, alle aus der Landeshauptstadt Düsseldorf. Im Besucherzentrum des

Landtags erfuhren sie zunächst allerhand über die Aufgaben und die Arbeitsweise des Landesparlaments.

Schon vor der offiziellen Eröffnung sahen sich viele Gäste auf dem „Markt der Möglichkeiten“ in der Bürgerhalle um. Dort war u.a. die Landeszentrale für politische Bildung mit ihrem Stand vertreten. Das Team der Landeszentrale fragte die jungen Leute, was sie an Europa schätzen. Die Schülerinnen und Schüler schrieben ihre Antworten auf ein großes Plakat: „Frieden“ war dort zu lesen, aber auch „Schule“, „Landschaft“, „Reisen“, „offene Grenzen“ und „Menschenrechte“. An anderen Ständen standen die Themen „Jugendarbeit und Jugendpolitik für Europa“, der Euro und die Europäische Zentralbank, Demokratie und die Europawahl im Mittelpunkt.

„Poetry Slam“ zum Abschluss

Das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland informierte die Besucherinnen und Besucher später im Plenarsaal unter dem Motto „Europawahl 2019 – Diesmal wähle ich“. Bei einem „Poetry Slam“ zum Abschluss ging es dann noch einmal richtig zur Sache. Die jungen Besucherinnen und Besucher hatten mächtig Spaß an den humorvollen Texten von Rebecca Heims, Oskar Malinowski und Marco Jonas Jahn zum Thema „Europa“ und bei den ernsten, nachdenklichen Beiträgen war es mucksmäuschenstill. Eine der Botschaften: „Eine Grenze ist etwas, das im Kopf entsteht.“

zab



„Markt der Möglichkeiten“ in der Bürgerhalle



André Kuper, der Präsident des Landtags (rechts), und Europaminister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner eröffneten den Projekttag.

Ein Video zum Projekttag finden Sie unter www.landtag.nrw.de (Aktuelles & Presse/Parlaments-TV/Videportal). Mehr zum Thema Europa lesen Sie auf den Seiten 12 und 13.

Wer? Was? Wie? – Fakten run

Vom 23. bis 26. Mai 2019 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union ein neues Europäisches Parlament. Für Deutschland wurde der Wahltag für Sonntag, 26. Mai 2019, festgelegt. Die wichtigsten Fragen und Antworten:

Welche Aufgaben hat das Europäische Parlament?

Das Europäische Parlament ist das einzige direkt demokratisch gewählte Organ der Europäischen Union. Das Parlament vertritt die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Es wählt die Präsidentin/den Präsidenten der Europäischen Kommission, entscheidet über den Haushalt der EU und weitere wichtige Gesetze und kontrolliert die anderen EU-Institutionen. Seinen Sitz hat es in Brüssel und Straßburg.

Das Europäische Parlament wird alle fünf Jahre gewählt. 2019 findet die neunte Direktwahl statt.

Wie viele Menschen dürfen an der Wahl teilnehmen?

Insgesamt sind rund 400 Millionen Wahlberechtigte in den – nach einem Austritt Großbritanniens (Brexit) – 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen.

In Deutschland sind 64,8 Millionen Menschen wahlberechtigt, darunter 3,9 Millionen nicht-deutsche EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in Deutschland leben. Die meisten Wahlberechtigten leben im bevölkerungsreichsten Bundesland

Nordrhein-Westfalen: Hier sind 13,8 Millionen Menschen aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen, darunter rund 800.000 nicht-deutsche Unionsbürgerinnen und -bürger.

Wer darf wählen?

Wahlberechtigt sind alle Deutschen sowie Staatsbürgerinnen und Staatsbürger der anderen EU-Mitgliedstaaten, die am Wahltag 18 Jahre alt sind und seit mindestens drei Monaten in Deutschland wohnen oder sich hier gewöhnlich aufhalten.

Wie wird gewählt?

Die Europawahl ist – anders als beispielsweise die Bundestags- oder die Landtagswahl – eine reine Verhältniswahl mit Listenwahlvorschlägen von Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen. Jede Wählerin/jeder Wähler hat eine Stimme. Wahlkreise, in denen Kandidatinnen

und Kandidaten direkt gewählt werden können, gibt es bei der Europawahl nicht.

Das Europäische Parlament zählt derzeit 751 Abgeordnete. Nach einem Brexit wären es 705. Mit 96 entfallen die meisten Mandate auf Deutschland. Zum Vergleich: Luxemburg, Malta und Zypern stellen jeweils nur sechs Abgeordnete.

Wann werden die Wahlbenachrichtigungen versendet?

Die Gemeindeverwaltungen versenden die Wahlbenachrichtigungen etwa vier bis sechs Wochen vor der Wahl. Spätestens am 21. Tag vor der Wahl müssen Wahlberechtigte ihre Benachrichtigung erhalten haben.

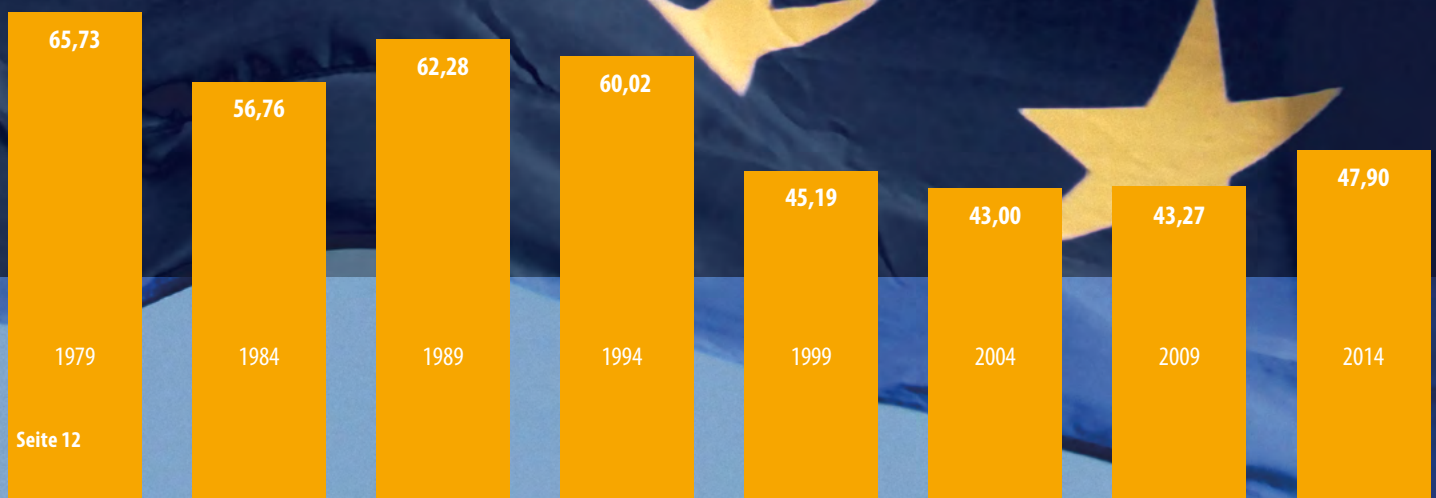
Ist eine Briefwahl möglich?

Ja, auch bei der Europawahl ist eine Briefwahl möglich. Die Unterlagen können – wie bei Landtags- und Bundestagswahlen auch – bei der Gemeinde des Hauptwohnorts beantragt werden.

Weitere Informationen unter:

www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019.html

Wahlbeteiligung bei Europawahlen seit 1979 in Deutschland in Prozent



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

d um die Europawahl 2019

Aufruf der Landesparlamente zur Europawahl

Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtags unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft rufen gemeinsam zur Teilnahme an der Europawahl am 26. Mai 2019 auf. Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, sagte: „Die Wahl zum Europäischen Parlament ist eine Schicksalswahl: Im Mai entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über die Stärke unserer Demokratie. Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger. Und wir brauchen weniger Extreme in Europa, nicht mehr.“

„Liebe Mitbürgerinnen und liebe Mitbürger,

am Sonntag, dem 26. Mai 2019, sind Sie aufgerufen, Ihre Stimme zur Wahl des Europäischen Parlaments abzugeben. Damit nehmen Sie direkt Einfluss auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, das den Präsidenten der Europäischen Kommission wählt und über den Haushalt und wichtige Gesetze entscheidet, die alle Bürgerinnen und Bürger betreffen.

Dem gemeinsamen europäischen Projekt verdanken wir die längste Friedensperiode in unserer Geschichte. Nie zuvor hat der europäische Kontinent eine vergleichbare Phase der Freiheit, des Wohlstandes und auch der Freizügigkeit seiner Bürgerinnen und Bürger erlebt. All diese Errungenschaften sind wie wohl nie zuvor dem Druck von außen und von innen ausgesetzt. Die Europäische Union muss ihre Rolle im 21. Jahrhundert daher neu ausrichten.

Zentrale Zukunftsfragen, wie die Wahrung europäischer Sicherheits- und Handelsinteressen, der Klimawandel, die Migration nach Europa, die Digitalisierung,



Der Präsident des Landtags NRW, André Kuper (vorn/2.v.r.), und die Präsidentinnen und Präsidenten der anderen Parlamente rufen die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an der Europawahl auf. Foto: Bayerischer Landtag

die Zukunft des Euro oder der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus, können nur von einer starken und handlungsfähigen Union gemeistert werden, nicht von jedem Mitgliedstaat allein. Das Europäische Parlament ist Ihre Vertretung bei der Bewältigung dieser Herausforderungen.

Als Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente rufen wir Sie – und insbesondere diejenigen, die erstmals an den Wahlen teilnehmen dürfen – deshalb auf, am 26. Mai 2019 zur Wahl zu gehen. Nutzen Sie Ihre Chance und bringen Sie Ihre Stimme zu Gehör.“

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Gute Rahmenbedingungen für Frauen in der Arbeitswelt

Zum Werkstattgespräch „Herausforderungen für Frauen in der Arbeitswelt“ sind über 80 interessierte Praktikerinnen und Praktiker in den Fraktionssaal der CDU gekommen. Der Fraktionsvorsitzende Bodo Löttgen hatte eingeladen, um gemeinsam mit der Ministerin für Gleichstellung, Ina Scharrenbach, über das Thema zu diskutieren. Impulsgeberinnen waren zwei erfolgreiche Unternehmerinnen und zwei Initiatorinnen vom Netzwerk Leading Women.

Wir haben viele junge, gut ausgebildete Frauen in Nordrhein-Westfalen, die wir auf ihrem Weg fördern und in die bestmögliche Position bringen wollen. Dabei gilt es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Möglichkeit der Pflege von Angehörigen zu berücksichtigen und in Einklang mit dem Berufspfad zu bringen. Wir wollen sowohl die Teilzeittätigkeit als auch eine



Ein erfolgreiches Gespräch zu den Herausforderungen für Frauen in der Arbeitswelt mit der Ministerin für Gleichstellung Ina Scharrenbach (7.v.l.)

Vollzeitbeschäftigung ermöglichen. Die vorhandenen Strukturen wollen wir auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und fortentwickeln.

Im Werkstattgespräch ist klar geworden, dass wir uns Gedanken über das Aufbrechen von Rollenbildern machen müssen, darüber, wie wir das Modell der Teilzeit flexibilisieren können, wie sich auch die Erziehung von Kindern finanziell darstellen kann und wie im Hin-

blick der Rentenfrage entsprechende Maßnahmen zu treffen sind. Darüber hinaus müssen Netzwerke geschaffen werden, in denen Frauen im Beruf Kontakte knüpfen können.

Unsere Sprecherin für Gleichstellung Heike Troles ist zufrieden mit den Ergebnissen des Gesprächs: „Wir Frauen können alles werden, wenn wir wollen – und – wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Für die CDU-Fraktion steht fest, dass wir die Frauenerwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen steigern und durch zielgerichtete Frauenförderung bessere Voraussetzungen für den Zugang von Frauen zu Führungspositionen anstreben wollen.“



Dein Zuhause ist Dein Grundrecht!

Unsere Städte wachsen, es gibt mehr Single-Haushalte, und gleichzeitig nimmt die Quadratmeterzahl pro Wohnung zu. So steigt auch der Bedarf an Mietwohnungen deutlich an. Die Folgen: Wohnraum wird immer knapper, die Mieten explodieren.

„Um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken und das Grundrecht auf Wohnen, das in der Erklärung der internationalen Menschenrechte festgeschrieben ist, zu gewährleisten, brauchen wir dringend mehr Mietwohnungsbau in allen Preisklassen“, sagt Volkan Baran, wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

NRW ist ein Mieterland: 10,1 Mio. Menschen leben in 4,5 Mio. Wohnungen zur Miete.

Das sind mehr als 55% der Bevölkerung – eine große Lobby, sollte man meinen. Tatsächlich aber finden sie von der Landesregierung immer weniger Gehör. Seit 2016 haben CDU und FDP den öffentlich geförderten Mietwohnungsbau um 34% zurückgefahren. Und auch dem landesrechtlichen Mieterschutz hat die

Landesregierung den Kampf angesagt. Dagegen laufen jetzt auch die Gewerkschaften und Sozialverbände Sturm. Mit ihrem Bündnis „Wir wollen wohnen“ haben sie in diesen Tagen Aktionswochen gegen den Mietwahn sinn und für mehr Mieterschutz gestartet.

Auch die SPD-Fraktion will #WohnenBezahlbarMachen und unterstützt die Aktionstage

des Bündnisses mit einer eigenen Themenwoche in Sozialen Netzwerken und Informationsveranstaltungen vor Ort.

„Wir fordern, dass die Landesregierung endlich ihre soziale Verantwortung wahrnimmt“, so Volkan Baran. Dazu hat die SPD-Fraktion auch entsprechende Anträge in den Landtag eingebracht.

Baran: „Wir brauchen eine wirksame und zielgenaue Wohnraumförderung im Bereich des bezahlbaren Wohnens. Gleichzeitig ist ein wirksamer Mieterschutz, besonders unter der derzeitigen Wohnungsnot, unverzichtbar. Der Mieterschutz muss unantastbar bleiben.“

Baran: „Wir brauchen eine wirksame und zielgenaue Wohnraumförderung im Bereich des bezahlbaren Wohnens. Gleichzeitig ist ein wirksamer Mieterschutz, besonders unter der derzeitigen Wohnungsnot, unverzichtbar. Der Mieterschutz muss unantastbar bleiben.“



Werkstattgespräch – Schattenwirtschaft und Cybercrime konsequent bekämpfen

Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Organisierte Kriminalität schädigen die Allgemeinheit und ehrlich wirtschaftende Unternehmen. Effektiver Wirtschaftsschutz ist daher inzwischen zu einem maßgeblichen Aspekt für die öffentliche Hand ebenso wie die Privatwirtschaft geworden. Doch wie gelingt Wirtschaftsschutz? Darüber hat die FDP-Landtagsfraktion mit Experten und mehr als 100 Gästen bei einem „Werkstattgespräch“ diskutiert.



„Wir wollen ehrliche Unternehmer und Verbraucher bewahren vor Kriminalität und unlauterem Wettbewerb. In einer hohen Milliardengrößensordnung entstehen der Allgemeinheit und Betrieben jedes Jahr viele Schäden durch Schattenwirtschaft, Cybercrime, Produktpiraterie oder organisierte Clankriminalität“, erklärte Ralf Witzel, Fraktionsvize und finanzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Wie steigern Unternehmer das Bewusstsein für die Sicherheit bzw. Gefährdung der eigenen IT-Systeme? Wie kann man geeignetes Personal zur Bekämpfung der Cybercrime gewinnen? Als Experten für diese und viele andere Fragen saßen Manfred Lehmann, Landesvorsitzender der Deutschen Steuergewerkschaft, Dieter Schürmann, Landeskriminaldirektor NRW, Christian Vogt, Landesvorsitzender der

Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft, sowie Uwe Schmidt vom Verfassungsschutz auf dem Podium.

Und was kann die Politik tun? Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion: „Die NRW-Koalition stellt die Polizei personell und technisch besser auf und hat zudem bei der Bekämpfung der Clankriminalität einen Schwerpunkt gelegt.“ Ralph Bombis, wirtschaftspolitischer Sprecher, betonte: „Die FDP treibt die digitale Bildung und Aufklärung voran, damit junge Menschen und Betriebe die Awareness für Sicherheit in der digitalen Welt erhalten.“



NRW braucht ein Parité-Gesetz – jetzt!

Seit 100 Jahren können Frauen in Deutschland wählen und gewählt werden. Doch bis heute ist die tatsächliche Gleichberechtigung, das heißt die paritätische Vertretung von Männern und Frauen – auch im nordrhein-westfälischen Parlament – noch lange nicht erreicht. Lag der Frauenanteil im Jahr 2000 hier noch bei rund 35 Prozent, sind es nun nur noch 27,1 Prozent. Ein ganz entscheidender Grund für die konstante Unterrepräsentanz von Frauen sind ihre mangelhaften (Aufstiegs-) Chancen in den Parteien.

Das muss sich ändern! Denn Frauen stellen mehr als die Hälfte der Bevölkerung, daher müssen sie endlich auch die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben. Dass es auch anders geht, haben nicht nur die

Grünen quotierten Wahllisten gezeigt, sondern zum Beispiel auch das seit 2001 in Frankreich in Kraft getretene Parité-Gesetz, das mit gesetzlich verankerten Quoten echte Erfolge in Sachen Gleichberechtigung erzielen konnte. Und auch in Deutschland kommt Bewegung in die gleichberechtigte parlamentarische Repräsentation: So hat in diesem Jahr der branden-

burgische Landtag ein Paritätsgesetz beschlossen, mit dem die Listen zur Landtagswahl zukünftig quotiert, also im „Reißverschlussverfahren“ besetzt werden sollen. Wir wollen mit gesetzlichen Vorgaben die strukturelle Benachteiligung von Frauen beseitigen. Deshalb werden wir einen Entwurf für ein Parité-Gesetz in den Landtag einbringen, das verpflichtende gesetzliche Regelungen schafft, die die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern auf der Landesebene sicherstellt.



Mal ganz unter uns ...

Es wird Frühling. Im Düsseldorfer Landtag merkt man das auch daran, dass wieder Tische stehen auf der Terrasse des Restaurants, von wo aus man diesen wunderbaren Blick rheinabwärts hat und auf die Oberkasseler Skyline gegenüber. Im Landtagsrestaurant können Abgeordnete, Fraktionsmitarbeiter und Gäste wählen zwischen mehreren Tagesgerichten und einem reichhaltigen Buffet oder einfach einen Snack oder Fruchtsaft genießen. Es ist damit auch Treffpunkt und Begegnungsstätte, ein Ort, an dem man zwanglos miteinander plaudert, sich über politische Gesinnungsgrenzen hinweg einander näherkommen kann.

100 Tische sind es, die meisten davon in Zweiergruppen zusammengestellt, mit einer Ausnahme: Eine lange Reihe mit 30 Sitzplätzen



zen reklamiert die Fraktion der SPD für sich allein. Nicht offiziell natürlich, eher aus Gewohnheit, ohne Schild und Rechtsanspruch, vielleicht noch aus den alten Herrschaftszeiten, ganz Genaues weiß man nicht. Indes dem Unbedarften mag passieren – so trug es sich jüngst zu –, dass er sich angesichts vollbesetzter Tische und damit mangels Alternative an eben jene SPD-Tafel setzt. Wenn er dann jedoch als Gesinnungsfremder, gar als AfD-Mitarbeiter erkannt wird, könnte vielleicht das passieren, was unserem Unbedarften widerfuhr: Unter unwirschem Gegrummel und dem empörten Vorwurf der „feindlichen Übernahme“ verlassen die am anderen Ende des Tisches sitzenden Jung- und Altsozialisten unter Protest den Ort der Begegnung.

Wir machen so etwas nicht, schließlich sind wir hier im Parlament (von altfranz. parlement ‚Unterredung‘; französisch parler ‚reden‘) und nutzen jede Möglichkeit, mit anderen ins Gespräch zu kommen. Wir grenzen niemanden aus, verteidigen keine Pfründe, schotten uns nicht ab, verweigern niemandem seine Rede- oder Denkfreiheit, betrachten uns nicht als Elite. Und stellen manchmal mit Erstaunen fest, mit dieser Haltung keine Partner zu finden. Aber so ist er eben auch mitunter, der Landtag; ganz intern.



Seismograf der Gesellschaft

Mehr als 5.000 Petitionen von Bürgerinnen und Bürgern haben den Landtag im vergangenen Jahr erreicht. Die Schwerpunkte liegen seit vielen Jahren im Sozialrecht, in den Bereichen Wohnen, Bauen, Umwelt und Verkehr sowie im Ausländerrecht.

Manchmal ist das Glück zum Greifen nah – und doch fehlen Zentimeter. Wenige nur, aber das kann reichen, um Wege zu versperren. Wie bei einem hochbetagten Ehepaar aus Köln, das im eigenen Haus einen Treppenlift einbauen wollte. Die zuständige Baubehörde lehnte einen entsprechenden Antrag mit der Begründung ab, der Hausflur sei zu schmal.

Um eine Lösung zu erwirken, reichte das Ehepaar eine Petition im Landtag ein. Darin leg-

ten sie dar, dass ein Umzug für sie zu beschwerlich und der Lift notwendig sei. Bei einer Begehung vor Ort machte der Petitionsausschuss einen Vorschlag: Man könne das Geländer im Treppenhaus um einige Zentimeter verlegen, um bau- und brandschutzrechtliche Bedenken auszuräumen. Die Baubehörde stimmte dem leicht veränderten Bauantrag schließlich zu – zur Freude des Ehepaars: Der Weg war bereitet, um die oberen Etagen ihres Hauses wieder bequem zu erreichen.

Mit Fällen wie diesem beschäftigt sich der Petitionsausschuss häufig. Im vergangenen Jahr trafen rund 5.000 Petitionen von Bürgerinnen und Bürgern ein, die von 21 Ausschussmitgliedern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung bearbeitet wurden. Inhaltliche Schwerpunkte liegen seit Jahren im Sozialrecht, in den Bereichen Wohnen, Bauen, Umwelt und Verkehr sowie im Ausländerrecht. Erreichen den Landtag mehr als hundert Gesuche zu ei-

Feierstunde für den Petitionsausschuss

2. April 2019 – Vor 50 Jahren wurde die Rolle des Petitionsausschusses gestärkt: Mit der Aufnahme von Artikel 41a in die Landesverfassung erhielt der „Kummerkasten“ des Landtags deutlich mehr Rechte für seine Arbeit im Dienste der Bürgerinnen und Bürger. Grund genug, dieses Jubiläum zu feiern.

Und so hatten der Präsident des Landtags, André Kuper, und der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Serdar Yüksel, für den 2. April 2019 zu einer Feierstunde in das Landesparlament eingeladen.

Gefeiert wurde vor allem die Arbeit des Petitionsausschusses: Alle Bürgerinnen und Bürger, die sich von einer Behörde ungerecht behandelt fühlen, können sich an den Ausschuss wenden. Der Artikel 41a der Landesverfassung stärkte 1969 die Arbeit des Gremiums: Seitdem dürfen die Mitglieder beispielsweise Auskunftserteilung und Akteneinsicht bei allen Behörden

und Einrichtungen anfordern, die der Aufsicht des Landes unterstehen. Der Verfassungsänderung vorausgegangen war die sogenannte „Klingelpützaffäre“. Damals hatte es Übergriffe auf Inhaftierte in dem „Klingelpütz“ genannten Kölner Gefängnis gegeben. Der Skandal konnte im Landtag nur unzureichend aufgearbeitet werden.

Landtagspräsident Kuper würdigte vor den Gästen aus ganz Nordrhein-Westfalen das Wirken des Petitionsausschusses. Er sagte: „Die manchmal mühselige, aber wertvolle

Arbeit der Mitglieder des Petitionsausschusses zeigt die einzigartige Stärke der parlamentarischen Demokratie: Zuhören, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt. Kümmer, Probleme lösen, Gesetze verbessern. Dieser Aufgabe gehen wir im Landtag mit Leidenschaft nach. Das hält unsere Demokratie lebendig. Politikverdrossenheit darf keine Chance haben – denn wir dürfen nicht vergessen: Unsere Demokratie steht nicht unter Denkmalschutz.“

Auch Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) war zur Feierstunde gekommen. In seiner Festrede betonte er: „Das Petitionsrecht und seine Erweiterungen sind ein elementares demokratisches Gut. Es hat in den vergangenen 50 Jahren ermöglicht, in vielen Fällen Verwaltungsentscheidungen zu korrigieren. Und auch heute stärken diese in der Verfassung verankerten Rechte das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie unseres Landes.“

Der Vorsitzende des Ausschusses, der Landtagsabgeordnete Serdar Yüksel, hob eine Besonderheit bei der Arbeit des Gremiums hervor: „Der Petitionsausschuss unterscheidet sich von den anderen Ausschüssen im Landtag, weil er traditionell seine Beschlussfassungen fraktionsübergreifend und einstimmig fasst. Dieses überparteiliche Zusammenwirken aller Fraktionen ist das tragende Element und deswegen sind die Empfehlungen des Petitionsausschusses ein wirksames politisches Instrument.“



Der Präsident des Landtags, André Kuper (2.v.l.), mit dem Festredner, Ministerpräsident Armin Laschet (2.v.r.), sowie dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Serdar Yüksel (r.), und dessen Stellvertreter Thomas Schnelle.

Foto: Zanin

ner Thematik, ist von „besonderen Petitionen“ die Rede. Zuletzt war das zum Beispiel bei den Themen dauerhaftes Wohnen in Wochenendhäusern und Verbot von Nutztiertransporten in EU-Staaten und Drittländer der Fall.

Eingereicht wurde in diesem Jahr auch eine medienwirksame Massenpetition, die sich für eine Verlegung des Einschulungstichtags für Kinder einsetzt. „Der Landtag Nordrhein-Westfalen verspricht allen Bürgerinnen und Bürgern, dass jede einzelne Eingabe durch den Ausschuss geprüft wird“, sagt der Abgeordnete Serdar Yüksel, Vorsitzender des Petitionsausschusses. Da die Eingaben aktuelle Probleme aufzeigen, wirken sie insgesamt wie ein Seismograf gesellschaftlich relevanter Themen und ein Spiegelbild dessen, was Bürgerinnen und Bürger bewegt und ihren Unmut auslöst.

Der Ausschuss tagt rund 15 Mal im Jahr in nicht öffentlicher Sitzung. Zu jeder Petition holt er eine Stellungnahme der zuständigen Behörde ein und gibt eine Bewertung ab. In den meisten Fällen sind die Stellungnahmen und die Recherchen der Landtagsverwaltung ausreichend, damit die Abgeordneten eine Bewertung des Sachverhalts vornehmen können. Wenn sich kein ausreichendes Bild bietet oder Fragen offenbleiben, beschließt der Ausschuss, das aufwendige Verfahren der Erörterung nach Artikel 41a der Landesverfassung durchzuführen – das geschieht in 15 bis 20 Prozent der Fälle.

Im Land unterwegs

Pro Jahr sind die Abgeordneten rund 600 Mal zu Erörterungen im Land unterwegs. In der Regel werden dazu auch die Petentinnen und Petenten sowie Vertreter der Behörden eingeladen. Die Ministerien der Landesregierung entsenden ebenfalls einen Vertreter. Das Erscheinen ist für die Behörden Pflicht. Der Petitionsausschuss ist in dem Verfahren ein Mediator zwischen Bürgern und Behörden. Die Erfolgsquote von Petenten in den Fällen mit Erörterung liegt bei rund 50 Prozent – und damit wesentlich höher als bei nur schriftlichen Verfahren.

Erfolgreich endete auch das Gesuch einer jungen Frau, deren neugeborenes Baby vom Jugendamt in Obhut genommen wurde. Laut Aktenlage hatte das Jugendamt diese Entscheidung getroffen, weil die Petentin als geistig behindert galt und unter Betreuung stand. Im Erörterungstermin schilderte die tieftraurige, aber selbstbewusste Frau den Abgeordneten ihr Schicksal. Sie leide unter einer schweren Legasthenie, sei aber nicht geistig behindert.

Foto: Schälte

Der Ausschuss setzte sich für die Petentin ein; das Baby kehrte nach Monaten zu seiner Mutter zurück.

Ein anderer Fall aus dem Ausländerrecht: Ein Petent war als Kind aus Mazedonien geflohen. Als Analphabet und ohne deutsche Sprachkenntnisse hatte er anfänglich Schwierigkeiten, sich im Schulsystem zurechtzufinden. Aber er wollte auf eigenen Beinen stehen und nahm einen Job bei einer Fastfoodkette an, wo er einen Arbeitsvertrag erhielt. Dennoch wurden ihm die Aufenthaltsduldung und Arbeitserlaubnis entzogen, da er wegen angeblich mangelhafter Deutschkenntnisse nicht gut integriert sei. Beim Erörterungstermin stellte er unter Beweis, dass er alle Voraussetzungen für eine gelungene Integration erfüllte.

Nicht immer gelingt es, alle Beteiligten von einer gemeinsamen Lösung zu überzeugen. So ist es dem Ausschuss aufgrund der durch Artikel 97 des Grundgesetzes gewährleisteten richterlichen Unabhängigkeit verwehrt, gerichtliche Entscheidungen zu überprüfen, zu ändern oder aufzuheben. Entscheidungen der Gerichte können nur nach den Bestimmungen der jeweiligen Prozessordnung durch die nächsthöhere gerichtliche Instanz überprüft werden. Ist der Instanzenzug ausgeschöpft, muss das Ergebnis hingenommen werden. Aber selbst wenn ein Gesuch nicht mit dem erhofften Ergebnis endet, geht von der Arbeit des Ausschusses ein wichtiges Signal aus: dass sich gekümmert wurde und die teils abstrakte Welt der Paragraphen ein Gesicht erhält,

wenn bei Erörterungsterminen alle Beteiligten an einem Tisch sitzen. Manchmal hilft das, eine Entscheidung nachzuvollziehen und weniger Groll gegen Behörden zu hegen, die nach aktueller Rechtslage entschieden haben. *tob*

Alle Bürgerinnen und Bürger dürfen Petitionen einreichen, auch Kinder, Jugendliche, ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger und Gruppen wie Vereine, Schulklassen oder Bürgerinitiativen. Fragen beantwortet das Petitionsreferat des Landtags unter Telefon 0211/884-2143/4248 oder per E-Mail an petitionsausschuss@landtag.nrw.de. Eine Petition muss schriftlich eingereicht werden, Namen und Adresse des Absenders enthalten und unterschrieben sein. Über die Internetseite des Landtags www.landtag.nrw.de (Petitionen/Online Petition) können Petitionen auch online eingereicht werden. Wenn Urteile gesprochen sind oder in privatrechtlichen Auseinandersetzungen, ist der Petitionsausschuss nicht zuständig.

„Es fehlt das Ja zum Großen und Ganzen“

Parlamentsgespräch über den Wert der Demokratie

26.3.2019 – Wie ist es angesichts von zunehmendem Populismus und Nationalismus aktuell um die Demokratie bestellt? Darüber haben der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck und der Politikwissenschaftler Dr. Martin Florack beim fünften Parlamentsgespräch „Vom Wert der Demokratie in unsicheren Zeiten“ diskutiert.



Der Präsident des Landtags, André Kuper (2.v.r.), mit Moderatorin Anne Gesthuysen, Bundespräsident a. D. Joachim Gauck und dem Politikwissenschaftler Dr. Martin Florack (r.)



Zuhörerinnen und Zuhörer in der Bibliothek des Landtags

Nervosität kennzeichne aktuell die Debatte über den Zustand der Demokratie, sagte Joachim Gauck in seinem Impulsvortrag vor rund hundert Gästen in der Bibliothek des Landtags. „Wir treffen uns in einer Zeit, in der wir alle spüren, dass den Menschen so etwas fehlt wie das große Ganze, das Ja zum Großen und Ganzen.“ Gefühle von Angst und Verunsicherung führten dazu, dass neue Bewegungen und Parteien Zustimmung erhielten. Sie spielten das Thema der „nationalen Fokussierung“ aus, „das wir mit unserem europapolitischen Denken für überholt betrachtet haben“.

Stabilität und Wohlstand

Wenn er Äußerungen von Beobachtern des politischen Geschehens höre, gewinne er manchmal den Eindruck, die Demokratie sei im Scheitern begriffen. „Das ist sie aber keineswegs“, sagte Gauck. „Gerade hier in Deutschland hat sich gezeigt, dass diese immer und fortwährend verbesserungswürdige Struktur von Demokratie in einer ungewöhnlichen Stabilität dasteht.“ Die politischen und rechtlichen Institutionen seien äußerst stabil, und der wirtschaftliche Erfolg Sorge für einen Wohlstand, „wie wir ihn nie gehabt haben“. Aufgrund dieser Faktoren sei festzustellen, „dass wir im besten Deutschland leben, das wir je gehabt haben“. Das werde zu wenig wahrgenommen und wertgeschätzt.

André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, hob in seiner Begrüßungsrede hervor: „Auch im 70. Jahr des Grundgesetzes liest und hört man von der Verbesserungswürdigkeit der Demokratie.“ Es gebe aber keine

bessere Regierungsform, wobei die Demokratie auch eine anstrengende Staatsform sei. „Und sie ist zugleich auch ein Wagnis. Wir trauen einander zu, uns selbst zu regieren: Herrschaft aus dem Volk, durch das Volk, für das Volk.“

Kuper fragte nach den Herausforderungen der Demokratie angesichts eines „Wiederauflebens von Populismus und nationalstaatlichem Denken“. Wie solle man damit umgehen, wenn verstärkt Hass und Hetze geäußert werde? Wie könne Demokratie funktionieren, wenn mediale und politische Hysterie an die Stelle von notwendiger Besonnenheit rückten?

Diese Fragen bestimmten die anschließende Diskussion. Der Politikwissenschaftler Dr. Martin Florack sagte: „In der Tat haben wir ganz viele Befunde, die darauf hindeuten, dass wir gerade keine extreme Krise haben – auch keine Krise der Demokratie. Und trotzdem reden alle davon.“ Die Skepsis gegenüber der repräsentativen Demokratie sei aber so alt wie die Regierungsform selbst. Da gelte es gegenzusteuern. „Ich erwarte, dass jemand mal parallel zu diesen Apokalypse- und Krisenbeschreibungen der Demokratie eine hoffnungsvolle, positive Botschaft erzählt.“ Es gebe Parteien, die damit in der Vergangenheit extrem erfolgreich gewesen seien. Parlamentarier

dürften andererseits nicht über die Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern „hinwegreden“ und reflexartig sagen: „Habt keine Angst, fürchtet euch nicht.“ Etwa vor Phänomenen der Globalisierung. Das verstärke nur Abwehrreaktionen.

Ex-Bundespräsident Gauck hob hervor, dass die Demokratie von innen gestärkt werden müsse – durch die Bereitschaft, an ihr mitzuwirken. „Schon bei den Kommunalwahlen merken wir, wie schwierig es ist, engagierte Mitmenschen zu finden, die sich in die Verantwortung nehmen lassen.“ Dabei sei der Wert der Demokratie nicht hoch genug einzuschätzen. Bedürfnisse, aus denen heraus sie gewachsen sei, gehörten ganz zentral zum Kern, „was Menschen wünschen, wollen und was sie vermögen“. Es gebe keine Form von Herrschaft, die so dicht an den Bedürfnissen von Menschen sei „wie dieses System, das jedem Einzelnen, jeder Einzelnen, die gleichen Rechte zuspricht, die jedermann gehören“. Über die unterschiedlichen Ausprägungen, Ziele und Inhalte hinaus müsse es etwas geben, „das uns miteinander verbindet. Und daran zu arbeiten, ist die Aufgabe von Demokraten.“ tob

Zum sechsten Parlamentsgespräch „70 Jahre Grundgesetz – In welcher Verfassung ist unsere Demokratie?“ am 28. Mai 2019, 17 Uhr, ist Bundespräsident a. D. Christian Wulff eingeladen. Ein Video zum fünften Parlamentsgespräch ist auf der Internetseite des Landtags abrufbar unter www.landtag.nrw.de (Aktuelles & Presse/Parlaments-TV/Videoportal).



Fotos: Hartmann

Porträt: Franziska Müller-Rech (FDP)



Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Franziska Müller-Rech (FDP). Die 33-Jährige aus Bonn gehört dem Landesparlament seit 2017 an.

Ein Schulreferat hat die schulpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion in ihre Partei gebracht. An der Bonner Liebfrauenschule, einem katholischen Mädchengymnasium, sei sie dafür tief ins Programm der FDP eingetaucht, erzählt Franziska Müller-Rech. „Wir waren immer eine politische Familie“, sagt die 33-Jährige – „die Tagesschau war Pflichtprogramm.“

An den Liberalen interessiert habe sie der „Freiheitsgedanke“. Schließlich sei ihr Vater aus der DDR nach Westdeutschland geflohen, sagt die Bonnerin, die im gründerzeitlichen Musikerviertel aufgewachsen ist – und die Leistungsorientierung der Partei: Sie selbst hat schon in der Schule eine Klasse übersprungen. Und nach dem Abitur 2003 entschied sie sich für ein berufsintegriertes duales Studium: Versicherungswesen an der TH Köln. „Auch da bin ich familiär geprägt“, lacht Müller-Rech: „Mein Vater war Versicherungsmakler, und auch zwei meiner drei Brüder arbeiten in der Versicherungsbranche.“

Sie habe es einfach toll gefunden, schon mit knapp 22 Jahren zwei Abschlüsse zu haben, sagt die Diplom-Kauffrau, die sich selbst als „Pragmatikerin durch und durch“ beschreibt. Es folgten zehn Jahre beim Versicherungskonzern Talanx, wo sie nach Stationen als Assistentin und Referentin mit 29 Teamleiterin im Kundenservice eines Pensionsfonds wurde.

2006, ein Jahr vor Ende des Studiums, ist Franziska Müller-Rech in ihre Partei eingetreten – auch wegen des aus Bonn stammenden Guido Westerwelle: „Bewundert“ habe sie den ehemaligen FDP-Außenminister, sagt sie noch heute.

Auch in der Partei gilt Müller-Rech als Senkrechstarterin: 2014 wurde sie schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion und Schatzmeisterin des Ortsverbands, 2015 stellvertretende FDP-Kreisvorsitzende. Und seit 2018, als ihr Vorgänger Joachim Stamp zum Integrationsminister und Vize-Ministerpräsidenten aufstieg, leitet sie den Bonner Kreisverband.

Dass die FDP oft als männlich dominiert wahrgenommen wird, weiß Müller-Rech – in der Landtagsfraktion sind von 28 Abgeordneten nur fünf Frauen. Ihr selbst habe im Job wie in der Partei weitergeholfen, dass sie von ihren 16, 18 und 20 Jahre älteren Halbbrüdern mitgeprägt wurde: „Wir sind eine echte Patchworkfamilie“, erklärt sie. „Meine Brüder waren für mich immer die entspannteren Erwachsenen.“ Bei Themen wie Autos und Fußball habe sie deshalb immer mitreden können, sagt die begeisterte Unterstützerin des 1. FC Köln. Auch das Mädchengymnasium habe „immer vermittelt, dass wir uns nicht die Butter vom Brot nehmen lassen dürfen“.

Dennoch erscheine die FDP auch ihr oft als „Männerwelt“, sagt Müller-Rech: Noch fehlten zu oft die weiblichen „Peers“, gerade jüngere Frauen in Führungspositionen. Gegen die Parteilinie denke die Abgeordnete deshalb darüber nach, ob eine „temporäre Frauenquote“ helfen könne. In Bonn versucht sie außerdem, politisches Engagement generell familienfreundlicher zu machen.

„Elternwillen“

Im Landtag steht Müller-Rech dagegen voll hinter der Linie von FDP-Schulministerin Yvonne Gebauer – schließlich habe sie erst das „Scheitern von Rot-Grün in der Schul- und Innenpolitik“ 2017 in den Landtag gebracht. Vorwürfe der Opposition, die von CDU und FDP beschlossene Unterstützung der Förderschulen bremse die Inklusion behinderter Schülerinnen und Schüler, lässt sie nicht gelten: Stattdessen respektiere die Regierungskoalition in bester liberaler Tradition den Elternwillen.

In sozialen Brennpunkten will Müller-Rech mit besonders geförderten „Talentschulen“ für mehr Chancen Benachteiligter sorgen, und ein Unterrichtsausfall von durchschnittlich fünf Prozent aller Schulstunden sei zwar bitter – werde von CDU und FDP aber detaillierter erhoben als von Rot-Grün. „Alles hängt davon ab, dass wir genug Lehrer an die Schulen bekommen“, glaubt die Bildungsexpertin.

Auch die „Fridays for Future“-Klimastreiks der Schülerinnen und Schüler während des Unterrichts sieht die Bildungsexpertin wie ihre Partei kritisch – auf Verbote und Druck allein setzt sie aber nicht. „Wir brauchen Euch“, appelliert sie stattdessen an die Streikenden. Politisches Engagement sei wichtig, „egal in welcher demokrati-

schen Partei“, sagt sie und macht deutlich, dass sie die AfD oft „menschenfeindlich“ findet.

Ob sie sich bereits als zukünftige Schulministerin sehe? „Nein“, lacht Müller-Rech noch einmal und betont, die 1966 geborene amtierende Ressortchefin Gebauer sei doch „auch noch jung“. Sie selbst habe im Moment den „tollsten Job, den ich mir vorstellen kann“, sagt die „Rheinländerin aus Überzeugung“, die in drei Karnevalsvereinen dabei ist und in Bonn gerade mit ihrem Freund in einer Wohnung des Hauses zusammenzieht, das ihr Ur-Urgroßvater 1888 gebaut hat. „Ich bin glücklich wie nie zuvor in meinem Leben.“

Andreas Wyputta

Zur Person

Franziska Müller-Rech ist seit 2017 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags und seit 2006 Mitglied der FDP. Die gebürtige Bonnerin ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen, im Sportausschuss sowie im Ausschuss für Schule und Bildung, in dem sie auch Sprecherin ihrer Fraktion ist.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Der Herr der Ringe – weil ich ein großer Fantasy-Fan bin. Den ersten Band habe ich an einem Tag durchgelesen.

Welche Musik hören Sie gerne?

Meine Playlist ist grundsätzlich wild gemischt. Einen großen Schwerpunkt bilden aber eindeutig die 90-er.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Mein Frühstück ist immer auf Vorrat im Kühlschrank: Frisches Obst, Skyr und Ingwer. Die meisten Dinge bleiben bei mir auch nicht zu lange im Kühlschrank, weil ich gerne selbst und frisch koche.

Ihr liebstes Reiseziel?

Ich fahre gerne und häufig in die schottische Heimat meines Partners. Außerdem bin ich großer Asien-Fan – da stehen noch ein paar Länder und Regionen an, die ich gerne besuchen möchte. Ich war schon länger nicht mehr auf der Nordseeinsel Juist, da möchte ich bald noch einmal hin.

Kurz notiert

Bürgersprechstunde

Der Petitionsausschuss des Landtags lädt für Montag, 13. Mai 2019, 14 bis 18 Uhr, zu einer Bürgersprechstunde in das Kreishaus Detmold, Felix-Fechenbachstr. 5, 32756 Detmold, ein. Um unnötige Wartezeiten zu vermeiden, wird um vorherige Anmeldung unter Telefon 0211/884-2506 oder -2938 gebeten. Der Ausschuss hilft Bürgerinnen und Bürgern, die sich von einer Kommunal- oder Landesbehörde falsch behandelt fühlen.

Zu Besuch in Brüssel

Das Kuratorium „Geschichte, Politik und Demokratie Nordrhein-Westfalens“ hat sich am 28. März 2019 in Brüssel über das Haus der Europäischen Geschichte informiert. Im Mittelpunkt standen der Entstehungsprozess des Museums und die Konzeption der vor zwei Jahren eröffneten Dauerausstellung zu den geschichtlichen Wurzeln und den Werten Europas. „Die Gespräche in Brüssel waren für das Kuratorium und die Planungsgruppe ein weiterer wichtiger Baustein in den konzeptionellen Vorbereitungen für das Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen und für die Entwicklung eines Ausstellungsformats zum 75. Landesjubiläum im Jahr 2021“, erklärte Präsident André Kuper, Vorsitzender des Kuratoriums.

Briten in NRW

Der Landtag zeigt vom 4. Mai bis 2. Juni 2019 die Ausstellung „Briten in Nordrhein-Westfalen“. Sie bietet neue Perspektiven auf die vielfältigen deutsch-britischen Beziehungen von der Nachkriegszeit bis heute. Seit Jahrzehnten leben Angehörige des britischen Militärs und ihre Familien in Nordrhein-Westfalen – sie sind zu Nachbarn und Freunden geworden. Von diesem Sommer an wird der größte Teil der Truppe zurück in die Heimat versetzt. Die Ausstellung kann samstags und sonntags von 11 bis 17 Uhr besucht werden. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist nicht notwendig.

Gestorben

21.3. **Stefan Frechen** (SPD/83)
MdL 1985 bis 1997

1.4. **Walter Neuhaus** (CDU/86)
MdL 1975 bis 1995

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 28. Mai 2019.

Der Landtag bei Nacht

Auch in diesem Jahr hatten der Landtag und das „Haus der Parlamentsgeschichte“ in der Villa Horion wieder ihre Pforten in der „Düsseldorfer Nacht der Museen“ geöffnet. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher nutzten am Samstag, 6. April 2019, die Gelegenheit und nahmen an Führungen und Vorträgen zur Kunst im Landtag, dessen Geschichte sowie dessen Aufgaben und Funktionen teil. Zu Gast waren diesmal auch die Jüdischen Kulturtage mit Beiträgen der Künstler Zipora Rafaelov, Eyal Dinar und Amit Goffer.

Foto: Kitschenberg

